

es klingelte schon, wenn die den ersten Schritt über die Türschwelle machten. (Beifall)

Gesprächsleiter Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank, Herr Neubert, wir haben mit der gleichen Faszination Ihren Antworten gelauscht wie Ihrem Referat, Ihnen nochmals Dank, auch Ihnen, Herr Vollnhals. Die letzten zwei Stunden haben wieder in einer Weise, die betroffen macht, gezeigt, wie das Verhältnis von Staatssicherheit und Kirche gewesen ist. Tatsächlich war die Kirche bis zuletzt im Visier der Stasi. Noch am 26. Oktober 1988 hielt Mielke auf einer zentralen Dienstkonferenz des MfS eine Rede zu Aspekten der Lage in der Evangelischen Kirche in der DDR. Es war Ausfluß eines Denkens, in dem das Weltbild zum Feindbild verkommen war. Die Konsequenz war eine jahrzehntelange Zersetzungsstrategie gegenüber der Kirche. Gemessen an dem Einsatz, an dem Aufwand, war der Erfolg minimal. Es gab viele schwarze Schafe, gewiß zu viele, aber es gab sehr viel mehr Menschen in der Kirche, die Nein gesagt haben, die sich verweigert haben. Auch diese Erkenntnis wird am Ende unserer Diskussion über das Verhältnis von Kirche und Staatssicherheit stehen. Ich danke Ihnen und gebe das Wort zurück an Rainer Eppelmann. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir wollen versuchen, um 19.30 Uhr hier weiterzumachen. (Pause)

Wir kommen heute und morgen zusammen, zumindest von unserer Planung her, um uns zu fragen, wie das gewesen ist mit dem Verhältnis der Kirchen. Auch wenn bisher nur von evangelischer Kirche geredet worden ist, muß noch einmal deutlich gesagt werden, daß es in diesem Themenfeld 5 um das Verhältnis der Kirchen zu den Regierenden in der Deutschen Demokratischen Republik geht. Welche Absichten haben die Regierenden verfolgt? Wo und wie wollten sie Kirche benutzen, instrumentalisieren, auskundschaften? Welchen Auftrag hat die Kirche selbst gesehen, und an welchen Stellen haben die Regierenden Einfluß genommen auf das, was in der Kirche geschah? Ein Reizwort in diesem ganzen Spannungsfeld, das, wenn ich es richtig sehe, in den Jahren auch unterschiedlich interpretiert und gefüllt worden ist, ist das Wort „Kirche im Sozialismus“. Dem soll unsere Diskussionsrunde heute abend gelten, und ich bitte jetzt Michael Passauer, die Moderation und Einführung zu übernehmen. Bitte, Michael.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Kaum eine Anhörung, die wir von der Enquete-Kommission bisher gemacht haben, ging ohne ein Podiumsgespräch aus, so daß wir auch heute abend wieder eines haben, wiewohl wir hinterher oft merken, daß einem die Grenzen eines solchen Podiumsgesprächs sehr schnell ins Auge fallen. Wir waren aber der Meinung, wir sollten nicht nur die Formel „Kirche im Sozialismus“, sondern auch deren Inhalt mit Menschen diskutieren, die nach der Meinung der Vorbereitungsgruppe dazu unterschiedliche Positionen haben.

Wir haben, wie das vorher Ehrhart Neubert gesagt hat, hier keinen Konsensdruck, im Gegenteil – ich möchte gerne, daß wir kontrovers diskutieren. Und wer die Menschen, die jetzt hier vorne sitzen, ein bißchen kennt, der weiß, daß sie auch kontrovers diskutieren können, weil sie unterschiedliche Positionen haben. Ich stelle Ihnen Herrn Bischof Werner Krusche vor. Bischof Werner Krusche ist Bischof im Ruhestand; ich habe hier eine ganze Vita von ihm, ich kann also alle Daten vorlesen, die mit seiner Person in Verbindung zu bringen sind. Wichtig ist vielleicht, daß er stellvertretender Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen von 1977 bis 1981 war, daß er bei dem berühmten Grundsatzgespräch am 6. März 1978 mit am Tisch gesessen hat, also jemand ist, der die Gründung des Bundes von Anfang an in verantwortlicher Position miterlebt hat, und der als Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, in der wir uns ja hier befinden, auch wichtige kirchenpolitische Entscheidungen mitgetroffen hat. Er ist derjenige gewesen, der auf der letzten Bundessynode 1991 ein vergangenheitsbetrachtendes Referat gehalten hat zum Thema „Kirche im Sozialismus“ – Werner Krusche. Neben ihm sitzt Herr Reinhard Steinlein. Reinhard Steinlein ist Superintendent in der Kirche Berlin-Brandenburg gewesen, Superintendent im Kirchenkreis Finsterwalde und Superintendent im Kirchenkreis Nauen. Er ist gleichzeitig Konsistorialrat im evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg gewesen, und er gehörte lange Zeit der Kirchenleitung unserer Kirche Berlin-Brandenburg an. Er hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „Die gottlosen Jahre“. Darin hat er beschrieben, was für ihn kennzeichnend war, als Bischof Schönherr seinerzeit in der Kirchenleitung gesagt hat: „Ach, übrigens wollte ich euch noch erzählen, der 6. März steht ins Haus, wir haben ein Grundsatzgespräch“, da ist Steinlein aufgestanden und hat gesagt: „Jetzt ist das Faß übergelaufen, ich trete aus dieser Kirchenleitung aus.“ Deshalb hat er zu dem Begriff und zum Verhältnis „Kirche im Sozialismus“ eine besondere Position, und zu der wird er auch gleich etwas sagen.

Der dritte ist Herr Landesbischof i.R. Werner Leich. Er ist der Landesbischof der Kirche, die hier vorher besonders auf dem Prüfstand stand. Er war lange Zeit Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitung und damit Vorsitzender des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitung, besonders in den achtziger Jahren, und er war derjenige, der öffentlich, als das noch nicht in Mode war, den Begriff „Kirche im Sozialismus“ versucht hat zu relativieren bzw. ihn ganz zu vermeiden. Er hat damals ein wichtiges Gespräch mit Erich Honecker geführt, wo es um das menschlichere Antlitz der Gesellschaft ging und hat von daher wichtige Positionen, die er uns heute in einem kurzen Statement noch zu Gehör bringen wird.

Richard Schröder ist Professor an der Humboldt-Universität in Berlin und zur Zeit Dekan. Sie kennen ihn vielleicht aus ganz anderen als aus kirchlichen Bezügen. Für uns ist er heute interessant als Professor der Theologie und

als jemand, der auf der letzten EKD-Synode in Suhl 1992 ein Referat über „Kirche im geteilten Deutschland“ gehalten und dort wichtige inhaltliche Sätze formuliert hat zum Begriff „Kirche im Sozialismus“, einen davon werde ich nachher zitieren.

Ganz außen sitzt Herr Prof. Gerhard Besier. Er ist der einzige in unserer Runde, der kein gelernter DDR-Bürger ist, sondern jemand, der aus den alten Bundesländern kommt mit einer hohen Kompetenz, mit einer großen Sachkenntnis. Er hat zwei Bücher geschrieben, die in unseren Ländern zumindest nicht ganz unumstritten gewesen sind. Das eine hieß „Pfarrer, Christen und Katholiken“, das war ein Ausspruch von Mielke, den er zur Klassifizierung der Kirche zitiert hat, und das andere ist „Der SED-Staat und die Kirche: Der Weg in die Anpassung“. Er vertritt eine These, die für unser Gespräch heute abend ausgesprochen wichtig ist.

Zur linken Seite sitzen noch Herr Prof. Beintker und Ehrhart Neubert, theoretisch sollte auch noch Herr Dr. Hamel hier sitzen. Frau Schmoll, wir wollten Sie ein bißchen abseits setzen, weil Sie heute schon ganz viel geredet haben. Wir haben gedacht, wenn wir eine Podiumsdiskussion durchführen, dann diskutieren wir erst einmal mit denen, die extra zum Podium gekommen sind. Wenn Sie aber jetzt noch wichtige Einwände haben und sagen: „Das wollte ich immer schon einmal gesagt haben“ oder „Dazu muß ich mich jetzt melden, sonst komme ich hier nicht heil aus dem Saal“, dann kriegen Sie natürlich auch das Wort. Die Struktur des Abends ist so gedacht, daß wir bis 22.00 Uhr, das ist so der Terminus ad quem, also der letzte Zeitpunkt, aus diesem Saal gehen wollen. Wir wollen zunächst zwei kurze Statements hören von Bruder Steinlein und Bruder Leich, und dann diskutieren wir hier vorn, so denke ich jedenfalls, eine Stunde hoffentlich kontrovers. Dann möchte ich gern, daß das Gespräch überschwappt auf Sie als die Mitglieder der Enquetekommission, und Sie dann Fragen stellen oder etwas unterstreichen oder sagen: „Das wollte ich immer schon mal sagen.“ Bruder Leich, darf ich Sie bitten?

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Auch bei mir werden Sie eine leichte Veränderung bemerken, ich spreche von Erfahrungen mit der Formel „Kirche im Sozialismus“.

1. Worum es ging: Im Jahr 1988 zeigte mir Prof. Roberts Feldmanis die Sehenswürdigkeiten seiner geliebten Stadt Riga. Feldmanis gehörte zu den Trägern des Widerstandes gegen die sowjetische Kirchenpolitik. Wir sprachen über die Lage unserer Kirchen. Plötzlich blieb mein Begleiter stehen, sichtlich erregt sagte er: „Bruder Leich, die im Westen wissen doch gar nicht, worum es bei uns geht. Hier tobt der Kampf um die Seele unseres Volkes.“ An diese Worte muß ich denken, wenn mir die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit begegnet. Wie selbstverständlich werden die geläufigen Maßstäbe politischen Denkens angelegt. Als ob die

Bürger der DDR lediglich in einem anderen politischen System gelebt hätten. Wir begegneten einem Herrschaftsanspruch, der die Seelen der Menschen ergreifen und gefügig machen wollte. Freiwillig und aus eigener Überzeugung sollten sich die Bürger vom Kleinkind bis zum Greis selbst aufgeben und nur noch denken, fühlen und wollen, was die staatlich verordnete Weltanschauung vorgab. Mit dieser Situation hat auch die Formel „Kirche im Sozialismus“ zu tun. Sie steht für den Versuch, in einer extremen Situation durchzuhalten und Volkskirche zu bleiben.

2. Entstehung der Formel „Kirche im Sozialismus“: Die Worte Kirche im Sozialismus wurden fast zufällig zusammengefügt. Hans Seigewasser, Staatssekretär für Kirchenfragen, zog im Februar 1969 nach der Verabschiedung der neuen Verfassung der DDR Schlußfolgerungen für die Zukunft der Kirchen. Die Verantwortlichen könnten dem geistlichen Auftrag der Kirche im Sozialismus nur gerecht werden, so sagte er, wenn sie die humanitäre Staatspolitik der DDR nicht negierten. Die Redewendung, damals noch ohne terminologischen Anspruch gebraucht, wurde in Gesprächen aufgegriffen und entwickelte sich so zu der Formel „Kirche im Sozialismus“.
3. Die Eigenart der Formel: Die Zusammenstellung jener drei Worte ist von den evangelischen Kirchen nie im Sinne eines Begriffes gebraucht worden. Von einem Begriff ist zu erwarten, daß er das Wesentliche gegenüber dem Zufälligen hervorhebt. Die Formel „Kirche im Sozialismus“ blieb immer verschwommen. Nie wurde definiert, was „Kirche“ oder „Sozialismus“ in ihr bedeuten. Unter Sozialismus zum Beispiel verstand ein Teil der Kirchenleute einfach die gegebene Gesellschaftsform, ein anderer Teil verband damit eine positive Wertung im Sinne der Möglichkeit einer gerechteren Form des Zusammenlebens. Durch den „Aufruf für unser Land“ mit kirchenleitenden Persönlichkeiten unter den Erstunterzeichnern wurde dies noch einmal deutlich unterstrichen. Die Formel mußte auch für gegensätzliche Zielvorstellungen herhalten. Staat und Partei verstanden sie als Integrationsformel: Die Kirche ist ein Bestandteil des Sozialismus, wie die Wohnung im Haus Bestandteil einer größeren Einheit ist. Der zufällige Initiator der Formel hatte ja auch beabsichtigt, die Kirchen zur Anerkennung der humanitären Staatspolitik der DDR zu ermahnen. Der Bund der Evangelischen Kirchen sah in dem mißverständlichen Wortspiel eine Kurzformel, die nahezu von jeder Tagung der Bundessynode neu und gegenwartsbezogen ausgelegt wurde. 1973 erklärte die Synode in Schwerin: „Wir wollen nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“ Nicht ein einziges Mal taucht die Formulierung „für den Sozialismus“ auf. 1979 betonte die Synode in Dessau: „Wir dürfen glauben, daß auch die sozialistische Gesellschaft unseres Landes unter unserem Herrn Jesus Christus steht. Hier ist unser Auftragsfeld und unsere Dienstchance.“ In

einem weiteren Auslegungsschritt sprach die Synode des Bundes 1980 in Leipzig aus: „Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirche in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben – in dieser so geprägten Gemeinschaft nicht neben ihr, nicht gegen sie. Sie wird die Freiheit ihres Zeugnisses und ihres Dienstes bewahren müssen.“

Die beiden Hauptaussagen der Auslegungen gehen aus den Zitaten hervor:

Erstens: Auftragsfeld und Dienstchance sind anzunehmen, eine Kirche kann sich nicht aussuchen, wo sie Gott dienen will. Sie muß es dort tun, wo Gott sie hingestellt hat. Sie darf darauf vertrauen, daß ihr Herr in jeder gesellschaftlichen Situation seine Vollmacht zum Dienst geben will.

Zweitens: Das bedeutet aber, daß die Kirche die Freiheit ihres Zeugnisses und ihres Dienstes in jeder Staats- oder Gesellschaftsform verteidigen muß.

4. Die Fremdformel im Leben der Gemeinden: Die Formel „Kirche im Sozialismus“ fand nie Aufnahme in das geistliche Leben der Gemeinden. Nur in wenigen Ausnahmefällen begegnete sie in Predigten und Fürbitten. Die wenigen bewußten Vertreter einer sozialistisch ausgerichteten Kirche waren in dem von der Partei geförderten „Evangelischen Pfarrerbund“ und in der von den Ostblockstaaten unterstützten „Christlichen Friedenskonferenz“ organisiert. Nur nebenbei bemerke ich, trotz beständiger, vom Staat unterstützter Werbung ist keine der evangelischen Landeskirchen in der DDR je Mitglied in der „Christlichen Friedenskonferenz“ geworden. Noch gibt es keinen belegbaren Überblick, wie in den evangelischen Kirchen in der DDR gepredigt wurde und wie die Fürbittgebete in den Gottesdiensten gestaltet waren. Nach meiner Erfahrung stellten die Predigten bewußt den Absolutheitsanspruch des Weltanschauungsstaates, den Griff nach der Seele des Volkes in Frage. Ein steter Tropfen, der den Stein in vier Jahrzehnten gehöhlt hat. In den Fürbittgebeten fanden die vom Staat Verfolgten nach meiner Erfahrung stets ihren Platz. Immer wurde Wert darauf gelegt, sowohl für die östlichen wie für die westlichen Staatsmänner zu beten und die Gefahr eines Atomkrieges nicht, wie es die DDR-Propaganda tat, einseitig dem Westen anzulasten. Für das geistliche Leben der evangelischen Kirchen hatte die Formel „Kirche im Sozialismus“ keine Bedeutung. Sie beschrieb das Verhältnis der Kirche gegenüber dem Staat. Damit war sie freilich eine Hilfe für Bürger, die als Arbeiter und Angestellte in sozialistischen Kollektiven Christen bleiben wollten und sich darauf berufen konnten, daß die Kirche aus einem geistlichen Auftrag heraus handelt und nicht aus der Aufgabe der politischen Opposition heraus.
5. Die Vermeidung der Alternativformel „Kirche im Kapitalismus“: Für die Partei- und Staatsführung der DDR gab es Sprachregelungen. In der propagandistischen Auseinandersetzung hießen die Kirchen in der Bun-

desrepublik Deutschland „NATO-Kirchen“ oder „kapitalistische Kirchen“. Die Kirchen in der DDR nahmen solche Alternativformulierungen, „Kirche im Kapitalismus“ etwa, nie auf – im Gegenteil. Auch nach der weitgehend erzwungenen organisatorischen Trennung der evangelischen Kirchen Deutschlands unterstrichen sie die besondere Gemeinschaft mit den evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik aufgrund der gemeinsamen Bindung an Schrift und Bekenntnis und der gemeinsamen Kirchengeschichte, besonders in der Zeit des Kirchenkampfes während des Nationalsozialismus. Acht Mal veröffentlichten die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen gegen den Widerstand der DDR „Gemeinsame Worte“ zu Lebensfragen unseres Volkes und der Völkergemeinschaft. Nie übernahmen dabei die Evangelischen Kirchen in der DDR die Behauptung der SED, die nationalsozialistische Vergangenheit sei in der DDR überwunden und belaste dagegen weiterhin die Bundesrepublik.

6. Die Gefahr der Formel „Kirche im Sozialismus“: Von der Formel „Kirche im Sozialismus“ ging eine große Gefahr aus. Eindeutig erkannt wurde sie erst im Verlauf der friedlichen Revolution. Die Formel sollte den Standort für den Dienst der Kirchen bestimmen. Aber die Nötigung zu einer solchen Standortbestimmung lebte aus der Erwartung, daß die sozialistische Staategemeinschaft gestützt auf den mächtigen Warschauer Pakt sehr lange bestehen würde und der Friede in der Welt nur in einem Ausgleich der Ost-West-Spannung erhalten werden könne. Meine eigene Erfahrung ist, daß ich mich von der Menschenmacht blenden ließ und die verborgene Macht Gottes in der Menschengeschichte kleingläubig unterschätzte. Wer regelmäßig das Magnifikat betet und darin vor Gott ausspricht: „Du stürzt die Gewaltigen vom Thron und erhebst die Niedrigen“, hätte es besser wissen müssen und mit der Vergänglichkeit eines gott- und menschenfeindlichen Staates rechnen müssen. Die Formel „Kirche im Sozialismus“ hat die Langzeiterwartung gegenüber dem Bestand des sozialistischen Macht-systems ausgesprochen und damit ungewollt unterstützt. Das war die größte Gefahr, die von ihr ausging. Die andere lag in ihrer Mißverständlichkeit. Nur wenige kannten die beständigen Klarstellungen durch die Synoden des Bundes. Die große Mehrheit mußte die Formel mißverstehen und die Kirche als einen Bestandteil der größeren Einheit des Sozialismus sehen. Um die Jahreswende 1988/89 erschienen in westdeutschen Zeitschriften kritische Auseinandersetzungen mit der Formel „Kirche im Sozialismus“. Prof. Dr. Richard Schröder und Dr. Planer-Friedrich waren die namhaften Autoren aus der DDR. Ich selbst, damals Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen, setzte mich am 4. März 1989 – ein Ende der DDR war überhaupt noch nicht in Sicht – in einem öffentlichen, von der Presse begleiteten Vortrag in der Kirchengemeinde Jena mit der Formel auseinander und riet,

sie nicht mehr zu gebrauchen. Das Echo in den westdeutschen Medien war damals ebenso stark wie die Bestürzung im Politbüro der SED.

7. Das Handeln der Kirche unterscheidet sich von dem einer politischen Partei. Häufig werden bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit an die Kirche Maßstäbe gelegt, die eine politische Partei zu beachten hat. Dazu gehört der kompromißlose Kampf gegen den politischen Gegner. Eine Kirche muß auch in denen, die gegen Gott kämpfen und gewaltsam nach der Seele des Volkes greifen, immer noch von Gott gesuchte und noch nicht aufgegebene Menschen sehen. Ihr Verhalten kann nicht ausschließlich von Feindschaft und Gegnerschaft bestimmt sein. Mühsam versuchten wir, den bewährten Grundsatz anzuwenden: *Suaviter in modo, fortiter in re* – gemäßigt in der Art, unnachgiebig in der Sache. Dieses oft durch Schwachheit belastete Verhalten allgemein als *Kumpanei* zu bezeichnen, beleidigt viele, die in der Verantwortung vor Gott handeln wollten. Noch bestimmender für das Handeln der Kirche ist, daß sie unter ihren Gliedern die verschiedensten und zum Teil gegensätzlichsten politischen Überzeugungen vorfindet. Eine Kirche kann nicht einfach politisch Andersdenkende an den Rand drängen, es sei denn, ihr Denken steht im Gegensatz zu den Geboten Gottes. Die große Zahl der Christen führte ein ganz normales Arbeitsleben und mußte mit der Staatshörigkeit ihrer Umgebung fertigwerden. Die Kirche konnte sich nicht einfach nur an den Gruppen orientieren. Gleichwohl ist sie nach meiner Erfahrung immer für die Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen gegenüber dem Staat eingetreten.

Eine Nachbemerkung: Zum Schluß muß ich dies aussprechen, entschuldigen Sie, aber ich muß es tun. In der einseitig auf die DDR bezogenen Aufarbeitung deutscher Gegenwartsgeschichte sehe ich eine Gefahr für das Zusammenwachsen der über 40 Jahre getrennten Teile Deutschlands. Es wird dadurch der Eindruck erweckt, wenn auch ungewollt, es gäbe nur für die ehemalige DDR Aufarbeitungsbedarf. Ohne Zweifel ist der vorhanden. Er findet meine Unterstützung, aber es gibt ebenso für die Bundesrepublik Deutschland vor der Wiedervereinigung Aufarbeitungsbedarf. Was ist zum Beispiel aus den Startbedingungen der Anfangsjahre geworden? Wohin ist der freiheitlich-soziale Rechtsstaat, einst von Aufbauwillen, Leistung und Gemeinsinn seiner Bürger getragen, abgetrieben? Hat vielleicht auch hier ein völlig anders gearteter Kampf um die Seele des Volkes stattgefunden, der rational viel schwerer zu erfassen ist als der in der DDR? Wie ist es zu einer grundlegenden Werteverchiebung zugunsten des Besitzstandes des einzelnen unter Zurückdrängung des Gemeinsinnes für die Gemeinschaft gekommen? Wie lange kann sich eine Demokratie halten, wenn diese Entwicklung nicht aufgehalten wird? Was bedeutet dieser schwerwiegende Vorgang für eine der größten Herausforderungen in unserer Geschichte, unter friedlichen Bedingun-

gen im Zusammenwachsen ehemals getrennter Teile Solidarität zu üben? Diese Fragen nicht gleichzeitig mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu stellen, verführt dazu, durch die angeprangerte DDR-Vergangenheit stellvertretend die eigene Vergangenheit zu rechtfertigen. Im Ergebnis sagt dann der eine: „Ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener.“ Er schlägt an die Brust des anderen, damit der die Augen niederschlägt und spricht: „Sei mir Sünder gnädig.“ Ein solcher Vorgang entzweit. Ich hoffe, daß wir ohne den hohen Anspruch des Aufarbeitens in unsere Geschichte hineinhören, die falschen Weichenstellungen, Versagen und Schuld erkennen und so vor der je eigenen Geschichte zu einer neuen Gemeinsamkeit finden. Damit erschlosse sich, vorausgesetzt wir befließigen uns eines Mindestmaßes an Ehrlichkeit gegenüber uns selbst, ein Beitrag für das Zusammenwachsen und den gemeinsamen Weg unseres Volkes in die Zukunft. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Steinlein, schließen Sie gleich an?

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Verehrte Damen und Herren! Wer erwartet hat, daß jetzt ein Referat kommt, das in eine ganz andere Richtung zielt als das erste, der wird enttäuscht sein. Wenn die Veranstalter bei der Auswahl der beiden Koreferenten solches erhofft haben, dann hätten sie nicht zwei dezidierte Lutheraner mit der Aufgabe betrauen dürfen. So ist es unvermeidlich, daß sich manches von dem, was wir beide sagen, überschneidet – nicht alles. Und was zweimal gesagt wird, das sitzt besonders gut. Vielleicht bin ich noch ein wenig selbstkritischer, was den Weg unserer Kirche betrifft. Es ist sicher gut, daß wir uns bei der Behandlung unseres Hauptthemas viel Zeit nehmen für diese Formel „Kirche im Sozialismus“, diese schwammige Formel. Denn es zeigt sich hier besonders deutlich die Problematik des Weges unserer Kirche in der einstigen DDR.

Bevor ich meine persönlichen Erfahrungen mit diesem Begriff kurz schildere, muß ich etwas zur Vorgeschichte sagen. Ich gehörte nicht nur der letzten EKD-Synode vor der Trennung im Jahre 1968/69 an, sondern auch der ersten Synode des neugeschaffenen Kirchenbundes in der DDR. 1967 hatte ich, und das war eines meiner größten Erlebnisse, die Fürstenwalder Tagung der östlichen EKD-Synodalen erlebt, die ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Festhalten an der EKD-Einheit brachte. Es war ein Schock für viele von uns, als wir wenige Monate danach von Geheimverhandlungen hörten, die zur Abtrennung von der EKD führten. Auf das Für und Wider dieses Vorgangs kann ich jetzt nicht eingehen, obwohl das Nachdenken darüber eine Hilfe zum Verstehen der weiteren kirchlichen Entwicklung wäre. Es ist nämlich mit ganz großem Ernst, auch mit theologischem Ernst, über diese Frage gestritten worden. Und ich bekenne mich zu der Einstellung, die vorhin Pfarrer Hamel geäußert hat, zu der kritischen Einstellung, zur Trennung von der EKD. Und nun, bei den ersten Synodaltagungen des entstehenden Kirchenbundes

ging es um die Klärung seines Selbstverständnisses. Worin unterschieden sich eigentlich EKD-West und Kirchenbund Ost? Man hätte sich ja auf die einfache Feststellung beschränken können: Unter Drohung und Druck seitens der staatlichen Stellen blieb kein anderer Weg mehr übrig. Wir hatten nicht die Kraft, der geforderten Trennung zu widerstehen. Das wäre eine eindeutige Antwort auf viele Fragen gewesen und hätte vielleicht auch einen gewissen Respekt gefunden. Es bestand aber, wie bei Theologen oft, das Bedürfnis, einen erzwungenen Schritt nachträglich theologisch zu rechtfertigen. Der Kirchenbund wollte „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ sein, eine Kirche für andere. Wollte man damit der bisherigen EKD unterstellen, daß sie so etwas nicht gewesen wäre? In dem Bemühen, das Spezifische des Kirchenbundes herauszuarbeiten, kam der Begriff „Kirche im Sozialismus“ auf. War dann also die West-EKD „Kirche im Kapitalismus“? Von zwei Rednern heute ist das als mögliche Alternative energisch zurückgewiesen worden. Es drängte sich natürlich dieser Gedanke auf, und schon der Gedanke an diese Möglichkeit läßt ahnen, daß man hier einen schiefen Weg eingeschlagen hatte. Zur Ehrenrettung der Erfinder des umstrittenen Begriffs, Seigewasser war nicht der einzige Erfinder, muß festgehalten werden, daß sie ihn nicht im Sinne einer Unterwerfungsformel gebrauchen wollten. Man sprach sogar von einer Konfliktformel. Es sollte wohl gesagt werden, und nun wiederhole ich das, was heute mehrfach schon gesagt wurde: Wir sind nicht Kirche neben dem Sozialismus, das heißt nicht in einem Winkel existierend, nicht gegen den Sozialismus, das heißt nicht eine politische Widerstandsorganisation, womöglich konspirativ arbeitend, aber auch nicht Kirche unter dem Sozialismus, das heißt nicht sozialistische Kirche. Das war den Erfindern und den Förderern dieser Formel durchaus bewußt, daß hier einer Gefahr widerstanden werden mußte. Dann wäre dieser Begriff also mehr geographischer oder territorialer Natur. Warum hieß es dann aber nicht „Kirche in der DDR“? Die freundlichste Deutung wäre, daß der Gebrauch des anstößigen Wortes DDR vermieden werden sollte. (Heiterkeit)

Näher aber lag schon damals die Vermutung, daß hinter allem eine gewisse Sympathie für einen wie auch immer gearteten Sozialismus stand. Gegen den Begriff „Kirche im Sozialismus“ hat es von Anfang an Widerstand gegeben. Besonders wurde seine Unklarheit, sein schillernder Charakter kritisiert. War dieser womöglich bewußt gewollt? Es klang vorhin schon etwas davon an. Den kritisch fragenden Gemeindemitgliedern konnte gesagt werden: Regt euch nicht auf, die von uns benutzte sehr vorsichtige Formulierung deutet auch eine bestimmte Distanz an. Der staatlichen Seite gegenüber konnte wiederum betont werden, daß so etwas wie eine Loyalitätserklärung in diesem Wort stecke. So ist es dann auch verstanden worden. (Heiterkeit und Beifall)

Die Wahl eines schillernden Begriffes war nach meiner Meinung gerade für eine reformatorische Kirche unerträglich und war kennzeichnend für den

weiteren Weg des Kirchenbundes, der nach meiner Beobachtung oft – nicht immer, aber oft – weniger vom eindeutigen Zeugnis als vom vorsichtigen Taktieren gegenüber der SED-Diktatur bestimmt war. Man kann sagen, daß die Situation uns dazu zwang, aber man soll es nicht beschönigen. An einem Beispiel möchte ich deutlich machen, wie stark die Kritik an der Formel „Kirche im Sozialismus“ war. Im Jahre 1974 gab es auf der berlin-brandenburgischen Synode über dieses Thema eine lange Aussprache. Die meisten stimmten darin überein, daß die umstrittene Formel nicht eindeutig und darum zu präzisieren sei. Der entsprechende Beschluß lautete: „Die Synode erkennt als Aufgabe den Begriff 'Kirche im Sozialismus', den sie aufnimmt und bejaht, so eindeutig zu klären, daß damit allen Christen zu einem dem Herrn Jesus Christus gehorsamen Leben geholfen ist.“ Ich habe danach den Antrag gestellt, die Parenthese „den sie aufnimmt und bejaht“ zu streichen. Die Abstimmung darüber ging äußerst knapp aus. Bei Stimmengleichheit, 39: 39 Stimmen, galt geschäftsordnungsgemäß der Antrag als abgelehnt. Erneut war sichtbar geworden, daß zumindest ein großer Teil der Synode gewillt war, einem in der Kirche sich abzeichnenden Trend zu widerstehen. Ich hebe das absichtlich hier so hervor, weil oft der Eindruck erweckt worden ist, als ob die Kritiker von „Kirche im Sozialismus“ eine verschwindend kleine Minderheit von unverbesserlichen Reaktionären gewesen seien.

Es ist mir die Aufgabe gestellt worden, in meinem Kurzreferat auf persönliche Erfahrungen und Eindrücke einzugehen, die subjektive Seite soll also nicht ausgeklammert werden – dabei wird es erst interessant bei der subjektiven Seite. (Heiterkeit) Ich denke da zunächst an die vielen Gespräche mit Vertretern des jeweiligen staatlichen Gegenübers, übrigens nie mit der Staatssicherheit. Wir waren vergattert worden und haben alle, mit denen wir es dienstlich zu tun hatten, vergattert, Jahr für Jahr in dem Sinne, daß ein Kontakt mit der Stasi niemals und unter keinen Umständen in Frage kommt. Uns waren ganz genaue Richtlinien gegeben, wie man sich verhalten soll, um die Leute sofort abzuwimmeln, indem man nur sagt: „Ich werde meiner vorgesetzten Dienststelle noch heute telefonisch darüber Bericht erstatten.“ Unser Gegenüber waren die berufenen staatlichen Vertreter, an die wir uns gehalten haben, etwa auch das Staatssekretariat für Kirchenfragen. Wenn da auch viele Stasileute waren, für uns waren sie jedenfalls die Vertreter des Staates. Da sollte man doch die Dinge etwas differenziert sehen. Und in diesen Gesprächen, die in der Form freundlich, in der Sache hart waren, erwies sich zuweilen der Begriff „Kirche im Sozialismus“ als eine Waffe in der Hand des Gesprächspartners. So habe ich es erlebt. Da konnte es zum Beispiel heißen: „Sie stellen unseren Staat und seine Weltanschauung in Frage.“ Denn darum ging es auch, leider nicht immer, bei solchen Gesprächen: „Sie stellen das in Frage, Sie wissen doch, daß Ihre Kirche sich zum Sozialismus positiv gestellt hat. Merken Sie nicht, wie Sie sich hier selber isolieren?“ Dabei wußte ich

zum Glück, daß ich nicht isoliert war, wußte übrigens auch, wenn ich mir mein staatliches Gegenüber betrachtete, daß viele von diesen Leuten das im Grunde respektierten, wenn man ihnen mit dieser Eindeutigkeit entgegentrat, denn mit dem Scharfblick eines Außenstehenden haben die Leute klarer als viele Kirchenleute erkannt, daß ein bewußter Christ einem totalitären Sozialismus nur ablehnend gegenüberstehen kann. (Beifall)

Und im übrigen, auch die Staatsvertreter hatten schnell gemerkt, daß mit „Kirche im Sozialismus“ etwas Undeutliches gemeint ist und vermuteten hinter den Verfechtern dieser Formel, oft sicher unbegründet, eine besondere Hinterhältigkeit. (Heiterkeit)

Wichtiger ist nun aber, davon etwas zu sagen, wie sich die Diskussion um „Kirche im Sozialismus“ innerkirchlich ausgewirkt hat. Sicher, da kann ich nur das von Bischof Leich Gesagte unterstreichen: Unsere Gemeindeglieder haben das Wort nicht benutzt, und da kam es wohl kaum vor, aber man sollte nicht die innerkirchliche Bedeutung des vielfachen Gebrauchs dieser Formel auch in amtlichen kirchlichen Verlautbarungen unterschätzen. In den Anfangszeiten der DDR hatte es in Gemeinden und Pfarrerschaft noch eine weitgehende Geschlossenheit in der Ablehnung eines totalitären Sozialismus gegeben. Das kann ich wirklich sagen. In unseren Pfarrkonventen waren Leute, die anders dachten, eine Seltenheit – was diesen Punkt betrifft. Später kam es zunehmend da und dort und dann immer mehr zu Zersetzungserscheinungen. Die innere Widerstandskraft ließ nach – der Zahn der Zeit. Die Widerstandskraft ließ nach gegenüber einem Staat, der sich in seinem Absolutheitsanspruch an die Stelle Gottes setzen wollte. Jetzt komme ich zu dem theologisch entscheidenden Punkt, denn, wo ein Staat, eine Partei und eine Weltanschauung sich über alles setzen und sagen, sie bestimmen über Gut und Böse, sie setzen die obersten Normen und erkennen nichts über sich an, da setzen sich die Betreffenden an die Stelle Gottes, und da haben wir schlicht und einfach zu erkennen und zu erklären, daß es um das erste der Zehn Gebote geht: „Du sollst nicht andere Götter haben neben mir.“ Das war der Kern auch der innerkirchlichen Diskussion um diese Problematik. Es ging nicht in erster Linie, das muß festgehalten werden, um politische Beurteilungen, ob man für oder gegen den Sozialismus ist. Darüber kann man als Christ verschiedener Meinung sein. Es ging um die theologische Kernfrage des ersten Gebotes. Gerade für einen reformatorisch geprägten Christen ist das erste Gebot von allerentscheidendster Bedeutung. Daß die Widerstandskraft nachließ, hatte mehrere Gründe. Eine Rolle spielte, daß auch in kirchlichen Kreisen eine antiwestliche Grundstimmung ziemlich stark verbreitet war und daß eine Propaganda etwa im Zeichen der Worte Friedenskampf und Antikapitalismus doch teilweise Erfolg hatte. Außerdem ging vom Wort Sozialismus eine verführerische Kraft aus. Es ist heute schon mehrfach gesagt worden: Erstens war immer die Frage latent vorhanden: Gibt es

nicht eine besondere Affinität zwischen Sozialismus und Christentum? Aber es wurde dabei meist übersehen, daß man mit dem Wort Sozialismus so ziemlich alles machen kann. Ging es nun um den marxistisch-leninistischen Sozialismus, ging es um den demokratischen Sozialismus, ging es um einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung, ging es etwa um den Nationalsozialismus – na, das natürlich nicht, aber auch sie haben das Wort Sozialismus gebraucht, was ihnen immer peinlich war, wenn man nicht Faschisten, sondern Nationalsozialisten sagte – oder war damit nur einfach eine soziale Gesinnung gemeint, die man allerdings von jedem Christen erwartet? Die Unklarheit des Begriffes Sozialismus machte die Formel „Kirche im Sozialismus“ unmöglich. Manchmal ist auch durch den Gebrauch dieser Formel die harte Tatsache verschleiert worden, daß unser Gegenüber nicht ein menschenfreundlicher Sozialismus war, sondern eine knallharte Diktatur. Manchmal ist auch gesagt worden, daß es in der Diskussion hilfreich sei, wenn man den Partner von der SED mit seinen eigenen Begriffen anspreche, um ihn an einen „besseren“ Sozialismus zu erinnern. Die Praxis hat gezeigt, daß gerade diese Art des Diskutierens zu äußerster Verhärtung geführt hat. Nein, das Reden von „Kirche im Sozialismus“ hat nach meiner Beobachtung weder der Klärung noch der Entspannung gedient. Es hat unter anderem auch dazu beigetragen, daß der fundamentale Gegensatz im Menschenbild zwischen Marxismus und christlichem Glauben bagatellisiert wurde. Bezeichnend für die Gespräche zwischen Staat und Kirche in der Zeit der späteren DDR war, daß die eigentlichen Grundfragen fast völlig ausgeklammert wurden. Zwar gab es immer wieder Kritik an Übergriffen, auch mutige Kritik an massiven Menschenrechtsverletzungen, aber der Protest gegen den Totalitätsanspruch von Partei und Staat verstummte immer mehr. Davon war auch nicht bei dem sogenannten Gipfelgespräch vom 6. März 1978 die Rede, bei allem Guten, was dabei im übrigen gesagt worden ist. Natürlich kann man dazu entschuldigend sagen, daß es zum Erreichen konkreter Erleichterungen ratsam war, Grundsatzfragen zu vermeiden. Leider muß dazu bemerkt werden, daß diese allerwichtigsten Fragen auch bei anderen Gelegenheiten kaum noch zur Sprache kamen. Dies änderte sich erst, als sich in der Ära Gorbatschow eine generelle Veränderung des Klimas andeutete, besonders unmittelbar vor der Wende. Da war es dann ja auch nicht mehr ganz so gefährlich.

Auch noch in einer anderen Hinsicht hat sich die Verwendung des Wortes „Kirche im Sozialismus“ als bedenklich erwiesen. Durfte zur Selbstbezeichnung der Kirche ein Begriff benutzt werden, der aus dem politischen Bereich kommt? Es ist nicht erstaunlich, daß im Zeichen dieses Begriffes die Politisierung der Kirche, und zwar in einem ganz bestimmten Sinne, erhebliche Fortschritte gemacht hat. Erschrecken Sie nicht, wenn ich hier von Politisierung der Kirche mit negativem Beiklang rede. Ich habe wohl im Ohr, was heute alles gesagt worden ist, daß man Politik und Glauben nicht auseinanderreißen

kann, daß wir nicht ein Nischendasein führen dürfen, und daß das Evangelium auch mit Politik zu tun hat – das selbstverständlich, aber es bestand dabei die Gefahr, daß das Eigentliche des Evangeliums nicht mehr zur Sprache kommt oder nicht mehr als das Wesentliche erkannt wird, auch von Außenstehenden, weil in der Kirche anscheinend nur noch um diese Dinge diskutiert wird. An einer Stelle sagte heute Prof. Beintker auch etwas über die Bedeutung des Glaubens bei dieser ganzen Thematik. Warum waren wir denn so nachgiebig? Warum das Umfallen in Massen bei der Frage der Jugendweihe? Weil kein Glaube da war oder zu wenig Glaube. Und die entscheidende Aufgabe der Kirche ist nicht die Proklamierung, Unterstützung oder Kritisierung einer bestimmten Gesellschaftsordnung, sondern ihre Aufgabe ist, den Glauben zu stärken, weil das die zentrale Aufgabe für die Menschen ist, die das Evangelium auszubreiten haben. Und das hat indirekt eine große politische Bedeutung. Aber das Wort „Kirche im Sozialismus“ hat auch dazu beigetragen, uns in diese Richtung zu lenken. Jedenfalls, und da greife ich etwas auf, was Bischof Leich eben gesagt hat, hat das häufige Reden von einer „Kirche im Sozialismus“ dazu beigetragen, daß die Zwangsvorstellung sich weithin durchsetzte, man müsse sich mit diesem Herrschaftssystem unter allen Umständen arrangieren. Wer anderer Meinung war, wurde zuweilen auch in kirchlichen Kreisen als „kalter Krieger“ beurteilt. Ein Wort, das ich auch von einem Generalsuperintendenten an meine Person gerichtet hören mußte. Dabei ging es ja nicht um einen gewaltsamen Sturz dieses Systems. Es ist niemals die Aufgabe einer Kirche, politische Widerstandsorganisation im engeren Sinne des Wortes zu sein. Es ging schlicht und einfach um die Wahrnehmung des Auftrags der Kirche, auch im politischen Bereich die Geltung des ersten Gebots zu bezeugen. Rückschauend muß festgestellt werden, daß weder der Begriff „Kirche im Sozialismus“ noch die daraus entspringende kirchenpolitische Linie eine durchgreifende Entspannung im Verhältnis von Kirche und Staat gebracht haben. Auch nach dem Gipfelgespräch vom März 1978 gab es immer neue und sich steigernde Schwierigkeiten, besonders auf den Gebieten der Jugendarbeit und des Friedensdienstes. Aus meinen Erlebnissen als Pfarrer und Superintendent könnte ich gerade aus diesen Jahren nach 1978 noch mancherlei berichten, wozu aber die mir zugewiesene Zeit nicht reicht.

Wer meinen Ausführungen zugehört hat, könnte daraus eine herbe Kritik an den leitenden Männern unserer evangelischen Kirche heraushören. Ich möchte betonen, daß in allem, was ich gesagt habe, auch Selbstkritik liegt. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten der Aufgaben, vor die die Kirchenleitungen gestellt waren, die ja schließlich auch für eine Organisation mit Tausenden von Mitarbeitern einzustehen hatten, wo unter anderem auch die materielle Existenz geklärt sein mußte. All diese Dinge habe ich als langjähriges Mitglied einer Kirchenleitung durchlebt, habe Verständnis für viel taktisches Verhalten, aber es bleibt dennoch die Frage, ob wir bei der Gratwanderung – um ein

beliebtes Wort von Bischof Schönherr zu gebrauchen –, die uns auferlegt war, nicht manches Mal erheblich abgerutscht sind, und zwar im Sinne einer zu weitgehenden Anpassung an den real existierenden Sozialismus. Waren und sind wir nicht überhaupt zu oft an den Zeitgeist angepaßt – auch heute? Leicht wird dabei vergessen, daß die Kirche das ganz andere vertritt, eine ganz andere Dimension. Davon muß immer etwas durchleuchten.

Heute klang mehrfach die Frage an, damit komme ich zum allerletzten, ob wir nicht als Kirche wieder ein Schuldbekennntnis abzulegen hätten. Da bin ich sehr zurückhaltend, denn Bekennen von Schuld ist zunächst einmal etwas sehr Persönliches. Jeder muß sich selber fragen, an welcher Stelle er versagt hat. Da wird jeder Punkte finden, wo er zugeben muß: Du bist der Situation nicht gerecht geworden. Unsere evangelische Kirche hat im Mittelpunkt das Wort „Rechtfertigung“, wie hoffentlich nicht nur die Fachleute wissen. Damit ist nicht die Selbstrechtfertigung gemeint. Ich finde es deprimierend, wenn auch im Blick auf diese „Kirche im Sozialismus“ so viel Selbstrechtfertigung betrieben wird in dem Sinne: Es ging nicht anders, und wenn noch einmal dieselbe Situation käme, würden wir es genauso machen. Nicht Selbstrechtfertigung, sondern Rechtfertigung aus dem Glauben, aus der Gewißheit der Vergebung heraus. Davon geht eine befreiende Kraft aus, das macht uns Mut zur Ehrlichkeit, auch vor uns selber, und diese brauchen wir. Ganz besonders brauchen wir sie nicht zuletzt bei der Behandlung unseres Themas. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank, Bruder Steinlein. Es ist schön, daß auch Lutheraner so unterschiedlicher Meinung sein können. Bruder Besier, Bruder Steinlein hat gerade gefragt, und das war nicht nur eine rhetorische Frage: Sind wir bei der Gratwanderung abgerutscht? Und Manfred Wilke, das sachverständige Mitglied unserer Enquete-Kommission, vertritt öffentlich die These, daß die SED mit ihrer Kirchenpolitik die Bedingungen bestimmte, unter denen die Kirche handelte. Hat also die Kirche eigentlich nur auf einem ihr vorgegebenen Weg gehandelt und ist sie, so ist ja Ihre These, dann in ein Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis geraten, von dem sie nachträglich erst gemerkt hat, wohin sie geraten ist? Die Frage an Sie: Ist das so? Wie sehen Sie das?

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Zunächst einmal möchte ich bei der Frage der Selbst- und der Fremdbezeichnung anknüpfen. Es ist mit Recht gesagt worden, daß der Kirchenbund von der EKD nicht als einer „Kirche im Kapitalismus“ gesprochen hat, und die EKD hat auch keine Selbstbezeichnung gewählt, also „die Kirche in der sozialen Marktwirtschaft“ oder „die Kirche in der bürgerlichen (westlichen) Gesellschaft“ oder ähnliches. Dies ist nicht der Fall gewesen. Sie verstehen vielleicht, daß ich im folgenden den Versuch unternehme, aus westlicher Sicht zu beschreiben, wie man dort auf kirchenleitender Ebene die Kirche im Sozialismus gesehen hat. Da gibt es

Schlüsselszenen, in denen die EKD seitens des DDR-Kirchenbundes mehr oder weniger deutlich als Parteigängerin des westlichen Systems angesprochen und zum Umdenken aufgefordert wurde. Es ist richtig, Bischof Leich, daß keiner öffentlich von einer Kirche im Kapitalismus geredet hat, aber in diesen Schlüsselszenen haben Repräsentanten des Kirchenbundes die Westkirche gemahnt, sich nicht von der Bundesregierung vereinnahmen zu lassen. Umgekehrt ist interessant, darauf hat Frau Schmoll schon hingewiesen, daß in internen Gesprächen, etwa in der sog. Konsultationsgruppe, also in einer kleinen Gruppe besetzt mit kirchenleitenden Persönlichkeiten aus dem Kirchenbund und der EKD, sehr wohl auch von seiten westlicher kirchenleitender Persönlichkeiten das gesagt worden ist, was vielleicht Sie hätte zum Nachdenken veranlassen können. Beispielsweise sagte Bischof Binder (Bonn) 1983 – ich zitiere aus dem kirchlichen Protokoll: „Einseitige Äußerungen aus dem Bereich der Kirchen in der DDR könnten dazu führen, daß der Verdacht unter den Menschen in der Bundesrepublik nicht mehr abzuwehren ist, daß in der DDR eine gleichgeschaltete Kirche existiert.“ Es gab bestimmte Themen, bei denen im Westen der Eindruck entstand, daß die Kirche in der DDR mehr ist als nur die Kirche in der DDR, sondern eine Kirche im Sozialismus, die in der Tat eine sehr viel größere Nähe zu dem System aufwies, als sie vielleicht deutlich sagte. Im Zusammenhang mit der Friedensfrage etwa hat es verschiedene Kontroversen gegeben. Wie aus den kirchlichen Protokollen hervorgeht und wie mir westliche kirchenleitende Persönlichkeiten aus dem internen Kreis bestätigt haben, wurden die offenkundigen Differenzen der Voten zwischen den westlichen und östlichen Teilnehmern auf die Verschiedenheiten in den gesellschaftlichen Verhältnissen zurückgeführt. Auch die kirchlichen Berichte, die auf westlicher Seite über Vorträge östlicher kirchenleitender Mitglieder mit ausdrücklichen Stoßseufzern dann nach Bonn weitergegeben wurden, sprechen Bände. Es war also durchaus so, daß aus der Perspektive der EKD, vor allem derjenigen Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise mit der DDR-Kirche befaßten, und zwar bei inhaltlichen Fragen – es führt ja zu nichts, daß wir uns um die bloße Formel Kirche im Sozialismus streiten – immer und immer wieder der Eindruck entstand, hier habe eine Annäherung an das Regime stattgefunden, die zu einer ganz charakteristisch anderen Sichtweise führte, als das im Westen der Fall war.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank. Bruder Schröder, Sie haben auf der EKD-Synode in Suhl 1992 unter dem Stichwort „Diktatur des Proletariats“, „Diktatur des Politbüros“, die Diktatur mit Geiselnemern und Geiseln verglichen. Sie haben das Bild gebraucht und gesagt: „Eine Diktatur ist zu vergleichen mit Geiselnemern und mit Geiseln. Und da gibt es eigentlich nur drei Möglichkeiten, sich halbwegs anständig zu verhalten. Entweder man gibt sich still oder man übergibt sich ganz den

Geiselnern, also man paßt sich an, oder man versucht, indem man mit Geiselnern Kontakt aufnimmt und auf freundliche Weise versucht, mit ihnen zu reden, dann doch noch etwas für sich und für andere zu erreichen.“ Wie würden Sie, nach dem, was Sie jetzt wissen und gehört haben und auch nach dem, was wir heute diskutiert haben, die Formel „Kirche im Sozialismus“ in dieses Schema einordnen?

Prof. Dr. Richard Schröder: Ich stimme denen zu, die sagen, sie sei spezifisch unklar gewesen. Das sage ich auch nicht erst hinterher, sondern das habe ich 1988 auch in Westberlin drucken lassen. Sie ist spezifisch unklar gewesen. Sie ist nie dazu geeignet gewesen, das zu sein, was sie für manche sein sollte: Eine echte Ortsbestimmung. Sie ist zweifellos eine Aufnahme der Sprache der Genossen. Das kann man vor allen Dingen, finde ich, an diesem eigentümlichen Gebrauch des Wortes Sozialismus nachweisen. Dieses hier schon zitierte Wort von Seigewasser stammt nämlich noch aus der Zeit, wo das Wort Sozialismus – man hat ja sozusagen die sozialistische Staatlichkeit noch nicht so sehr hochgehängt – zunächst ein Name für die Gesellschaft in ihrem Status quo, für den Staat DDR, für das sozialistische Weltlager und irgendwie auch noch für die Weltanschauung war. Das Ja, das Seigewasser da von der „Kirche im Sozialismus“ erwartet, ist konkret, wenn man den Text genauer nachliest, die Akzeptanz der Zweistaatlichkeit. Es ist zweifellos ein Entgegenkommen gegenüber dem Staat, eine Übernahme von Terminologie, die nicht auf theologischem und auch nicht innerkirchlichem Boden gewachsen ist. Das ist in meinen Augen ganz selbstverständlich. Die Formel hat sich aber gerade in diesem Charakter um den Preis der Klarheit auf die Sprache der anderen Seite eingelassen. Die Formel ist in dieser Hinsicht aber nicht geeignet, zu beschreiben, wie in der Kirche mehrheitlich gedacht worden ist. Mir ist jetzt erst wieder ein Papier in die Hände gefallen, das, glaube ich, für unsere Frage: Wie ist denn nun „Kirche im Sozialismus“ konkret gedacht worden, aufschlußreich ist. Eine Synode des Bundes hat Anfang der siebziger Jahre dem Ausschuß Kirche und Gesellschaft zwei Fragen gestellt. Die erste Frage hieß, wie sich Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft vollziehen müßten. Und die andere Frage lautete, wie sich die christliche Botschaft des Evangeliums zur Ideologie, speziell zur marxistisch-leninistischen Ideologie verhalte. Dazu sind dann von dem Ausschuß zwei Ausarbeitungen gemacht worden, die, muß ich nun sagen, fatalerweise nie veröffentlicht worden sind, sondern am 12./13. Januar 1973 von der Konferenz der Kirchenleitung zur Kenntnis genommen und freigegeben wurden für die Diskussion von Gremien und Einzelpersonlichkeiten, die sich mit diesen Fragen beschäftigen wollen. Der letzte Satz des Vorspruchs lautet: „Eine Veröffentlichung, auch auszugsweise, ist nicht gestattet.“ Ich will einmal ausdrücklich auf diese Papiere hinweisen, weil sie den ersten Versuch eines synodalen Gremiums dokumentieren,

die Situation, die durch die Konstitution des Bundes entstanden ist, zu thematisieren. Was heißt das konkret: Wir sind „Kirche in der DDR“? Ich will kurz sagen, diese beiden Papiere sind sehr kritisch. Das dürfte dann auch der Grund sein, was ich nicht gutheißen kann, daß sie nie veröffentlicht worden sind. Die Formel war so etwas wie ein Plakat nach außen, und wir haben nun außerdem noch die Papiere, in denen das steht, was mehrheitlich – jedenfalls in diesem Ausschuß – zum Thema gedacht worden ist, auf dem Tisch liegen und haben mit dem Problem zu tun, daß offenbar die Kirche nicht stark genug war, das wieder zusammenzubringen.

Noch ein Detail zu dem Status dieses Papiers. Mir ist erzählt worden, man habe es dann der Synode des Bundes vorgelegt, habe aber große Angst gehabt, daß die anwesenden Staatsvertreter es in die Hand bekämen, weshalb jeder Synodale es in einem geschlossenen Umschlag auf den Tisch gelegt bekommen habe. Es ist den Synodalen bekannt gemacht worden, aber man hat nicht einmal den Mut gehabt zu einer nicht dirigierte innerkirchlichen Öffentlichkeit. Obwohl, wenn das Papier eine größere Verbreitung gefunden hätte, wir sehr viel mehr von den Klärungsprozessen hätten durchlaufen können, die nötig gewesen sind und die, das muß ich nun auch noch sagen, in bestimmten Räumen der evangelischen Kirche auch immer betrieben worden sind, namentlich an den Kirchlichen Hochschulen, auch an den Evangelischen Akademien zum Teil. Der langen Rede kurzer Sinn: Wir haben mit dieser Formel einen Preis der Unklarheit geliefert, den wir lieber nicht hätten zahlen sollen. Ich habe immer die Meinung vertreten, mit „Kirche in der DDR“ wären wir viel besser gefahren. Aber die Behauptung, daß dieser Name nun für das stehen könne, was in der Kirche mehrheitlich gedacht und gesagt worden ist, diese Behauptung, die dann manchmal, wenn es auf Schlagzeilenniveau kommt, in die Welt gesetzt wird, der kann man getrost widersprechen. Dazu sind nun diese beiden Dokumente auch ganz hilfreich.

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Krusche, Sie gehörten zu den Architekten oder zumindest zu denjenigen, die bei der Gründung des Bundes mit dabeigewesen sind. Sie galten und gelten bei vielen unter uns als ein sehr integerer Mann, der die Klarheit in der Sprache gewählt hat, und Sie haben in diesem schon von mir vorher erwähnten Vortrag 1991 den Satz gesagt: „Kirche im Sozialismus war ein Weg, der erst im Gehen zum Weg geworden ist.“ Das heißt, zu Beginn dieses Weges und zu Beginn des Begriffes ist offensichtlich Ihnen und anderen der Weg, den Sie zu gehen hatten, noch nicht deutlich genug gewesen. Ob Sie uns ein bißchen von diesen Erfahrungen, die Sie gemacht haben, erzählen?

Bischof i.R. Dr. Werner Krusche: Ich kann kein Heldenepos erzählen. Ich würde vielleicht unter die Anpasser gezählt. Ich gestehe, ich hatte einige Mühe, heute bei manchem zuzuhören, aber nun habe ich bis zum Schluß warten müssen. Es war eine ziemliche Strapaze für mich. Der Weg im Sozialismus

war natürlich längst zu gehen, ehe es die Formel gab. Das möchte ich erst einmal sagen. Wir waren „Kirche im Sozialismus“ nicht erst, seit es die Formel gegeben hat, sondern wir waren „Kirche im Sozialismus“ selbstverständlich seit Gründung der DDR. Natürlich hatten sich schon Wegerfahrungen gezeigt, die man gemacht hat. Ich gehöre ja zu den seltenen Exemplaren, die aus der Bundesrepublik 1954 in die DDR eingewandert sind. Ich war Assistent an der Universität in Heidelberg und bin hier hinübergegangen mit Frau und einem eineinhalb Jahre alten Kind, nicht, weil die DDR so schön war, sondern weil der Bischof rief, und damals hörte man noch auf Bischöfe. (Heiterkeit)

Ich kam nach Dresden, weil ich mir sagte: Ein Pfarrer, der das Wort Jesu zu verkündigen hat: „Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit“, kann nicht am ehesten danach trachten, wo es ihm am besten geht. Wir sind in die DDR gegangen. Damals gab es noch keine Ostzuschläge. (Heiterkeit) Und keine Prämienzusagen für die Karriere, sondern wir mußten unseren Umzug selbst bezahlen. Das muß ich sagen: ich bin als ausgesprochener Antikommunist in die DDR gegangen. Ich hatte das Bild der DDR, wie es hier in der Bundesrepublik, in der Presse usw. da war, und ging trotz dieses Bildes hinüber. Das war eine Entscheidung aus Glaubensgehorsam. Die entscheidendste Entscheidung meines Lebens. Es wäre sonst das Leben sehr anders gegangen. Die erste Erfahrung auf diesem Weg in Dresden war 1954 die Einführung der Jugendweihe. Ich weiß noch, wie Bischof Noth alle 1.200 sächsischen Pfarrer nach Dresden einlud und fragte, ob wir das wollten: Entweder – oder. Entweder Jugendweihe oder Konfirmation. Und sie haben alle gesagt: Jawohl, entweder – oder. Nur einer, ein Halbjuden, rief in die Kirche, ich höre es heute noch: „Seid barmherzig.“ Er wußte, was da folgen würde. Ich bin dann noch vier Jahre in Dresden Pfarrer gewesen und habe den Kampf miterlebt. Die Erfahrung, daß zwar ein kleiner Teil sehr tapfer geblieben ist und dieses Entweder-Oder angenommen hat, daß aber im Verlauf von fünf Jahren die Konfirmation kaputt war und 90 oder 95 Prozent aller Schulabgänger dann an der Jugendweihe teilnahmen, war eine so schockierende Erfahrung, die sich für meine Generation in einer so lähmenden Weise ausgewirkt hat. Wir waren der Meinung: hier hat die Kirche einmal gestanden. Hier hat sie vor das Entweder-Oder gestellt, und die Gemeinden haben sie im Stich gelassen, sie sind nicht gefolgt. Wir standen als die Blamierten da. Wir mußten einen Schritt um den anderen zurückgehen. Ich weiß noch, wie manche unserer Pfarrer damals von denen, die dann zur Konfirmation gehen wollten, nachdem sie jugendgeweiht worden waren, verlangten, daß sie die Urkunde öffentlich verbrannten. Das hat es gegeben. Dann mußten wir Schritt um Schritt zurückgehen, so daß immer, jedenfalls dann, als ich in der Leitung der Kirchen war, die Frage kam: Können wir das eigentlich den Gemeinden zumuten? Gehen sie mit oder nicht? Sie haben uns spürbar im Stich gelassen. Von daher hat jedenfalls für die Entscheidung in

meiner Generation immer diese Frage eine Rolle gespielt: Ist das zumutbar, gehen sie diesen Weg mit, diesen schweren Weg? Das müssen Sie vielleicht ein bißchen mitbedenken. (Beifall)

Heute frage ich manchmal, ob unsere Entscheidung richtig war mit dem Entweder-Oder, jedenfalls in dieser Situation für Jugendliche, ob sie nicht woanders hätte gestellt werden müssen. Aber damals haben wir es versucht. Das hat sich lähmend ausgewirkt, und ich erinnere mich an Johannes Hamel, den ich damals noch für den „roten Hamel“ hielt – das muß man sich einmal vorstellen! Inzwischen sind wir kritische Freunde geworden –. Hamel hat damals das schöne Bild gebraucht, er sähe die Kirchenleitung wie Offiziere mit geschwungenem Säbel gegen den Feind losziehen und hinten säße die Mannschaft und schaue aus dem Schützengraben. „Donnerwetter, die wagen ja was“, aber sie sind nicht mitgegangen. Diese Situation war immer im Kopf bei allen Entscheidungen: Gehen sie mit? Ich habe auch noch Antworten oder Fragen des Staatssekretärs im Ohr: „Für wen reden Sie eigentlich? Wen haben Sie denn hinter sich?“ Und dann – ich will nicht viel weiter erzählen – wurde ich Bischof. Ich habe nie an so etwas gedacht und war nicht darauf vorbereitet, hatte keine Ahnung, wie die Synode funktioniert. Wenn ich nach vorn an das Pult gehen mußte, zitterte ich, weil sie ein goldenes Wort erwarteten. Ich hatte nur ein hölzernes. Dann meine erste Amtshandlung, die allererste, das will ich Ihnen doch erzählen, weil sie mit Erfurt zusammenhängt. Mit diesem Haus hier hängt sie zusammen. Ich machte meine Antrittsbesuche. Den ersten machte ich beim Staatssekretär, der mich fragte, was für eine Vision von Kirche ich habe. Ich sagte: „Eine, die nicht in der marxistischen Dogmatik vorkommt, nämlich eine Kirche, die nicht gegen Sie ist.“ Dann kam ich hierher. Man muß sich einmal klarmachen, was für eine Zeit das Jahr 1968, in dem ich Bischof wurde, war: Es war das Jahr des Einmarsches in die CSSR, der Sprengung der Leipziger Universitätskirche, die mich bis heute so bewegt, daß ich noch nicht wieder nach Leipzig fahren kann. In einem Dokument aus diesen Tagen, das mir kürzlich zugeing, las ich wieder, daß der Stellvertreter für Inneres des Rates des Bezirkes erklärte: „Krusche verhielt sich so aggressiv, daß ich ihn nach fünf Minuten rausgeschmissen habe.“ Als Anpasser zu gelten, tut weh. Ich mußte also 1969 hier in Erfurt in diese Etage hoch. Die DDR war ja völkerrechtlich noch nicht anerkannt. Der Vorsitzende des Hohen Hauses sagte mir: „Herr Bischof, Sie sind doch selbstverständlich für die Anerkennung der DDR, insbesondere durch die Bundesrepublik?“ Ich habe ihm gesagt: „Ja, ich bin für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, aber nicht insbesondere durch die Bundesrepublik, sondern da gibt es ein ganz besonderes Verhältnis, was gesondert zu regeln sein wird. Ich bin kein Diplomat“, habe ich gesagt, „aber es wird da Briefe geben“, wie es dann auch gekommen ist. Ich war damals also ein Prophet. Dann habe ich die Unvorsichtigkeit begangen zu sagen: „Herr Vorsitzender, es gibt doch nur einen Grund für die Westmächte,

die DDR nicht anzuerkennen: Weil Sie nicht frei gewählt sind. Es ist doch für Sie kein Risiko, Sie haben doch 95/96 Prozent. Das ist also kein Problem.“ Dieses Gespräch wurde noch nicht abgebrochen, aber mein nächster Besuch in Halle beim Rat des Bezirkes wurde abgesagt. Einen solchen Bischof empfangen man nicht. Aber ich verteidige noch heute, und das würde ich zu Frau Schmoll gesagt haben, daß ich es nicht für ein Verbrechen halte, daß Kirchenleute in der DDR für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die anderen Staaten waren. Ich tue keine Buße dafür, daß ich nicht so gedacht habe wie Sie. (Beifall)

Diese ganze Geschichte hatte schwere Folgen. Ich durfte eineinhalb Jahre nicht ausreisen, bis dann Bischof Schönherr vermittelte und beim Staatssekretär fragte, ob das Verhältnis zu mir nicht wieder normalisiert werden könne. Da wurde mir in einem erneuten Gespräch in diesem Hause noch einmal die Frage vorgebracht: „Herr Bischof, Sie sind doch dafür, daß die DDR völkerrechtlich anerkannt wird, insbesondere durch die Bundesrepublik?“ Und ich habe wieder Nein gesagt. Das wurde ganz schwierig, ich habe es noch in Erinnerung. Da hat Bischof Schönherr gesagt – und auch das sage ich öffentlich, weil wieder erzählt worden ist, wir hätten in der Ökumene, auf ökumenischen Begegnungen, die DDR-Politik vertreten -: „Bischof Krusche hat nächstens in der Vollversammlung der Konferenz europäischer Kirchen einen Hauptvortrag zu halten. Vielleicht kann er dazu etwas sagen.“ Da habe ich gesagt: „Das ist möglich, aber wenn ich hier mit einem Auftrag gehen sollte, dann sage ich heute noch meinen zugesagten Vortrag ab. Mit einer Auflage werden Sie mich nicht ins Ausland gehen sehen.“ Ich habe dann dort einen Satz gesagt. Ich bin eingetreten für eine Zusammenkunft der europäischen Staatsoberhäupter, längst vor Helsinki, an der alle Staaten gleichberechtigt teilnehmen können müßten – mehr nicht. Das hatte ich ja vorher auch schon gesagt. Das wurde dann von der DDR für ausreichend anerkannt, und man redete wieder mit mir. Dann mußte ich vor der Synode erstmalig die künftige Ordnung des Bundes erklären. Der bestand noch nicht. Ich kam gerade in den Entstehungsprozeß hinein. Ich hatte die Verhandlungen nicht mitgemacht, wußte gar nicht, was vorausgegangen war. Ich habe die Gründung des Bundes bejaht mit drei Formulierungen:

1. Es lag eine staatliche Nötigung vor deswegen, weil die neue Verfassung eine Kirche in der DDR, über die auch nicht in der DDR wohnende Bürger würden mitbestimmen können, ausschloß.
2. Es gab auch eine praktische Notwendigkeit, die damit zusammenhing, daß die EKD keine Leitungsfunktion mehr wahrnehmen konnte. Seit dem Militärseelsorgevertrag wurde es immer schwieriger. Die Ratsmitglieder, die aus der DDR stammten, durften nicht hinüber, die anderen durften nicht herüber. Es gab keine gemeinsame Synode. Eine wirkliche Wahrnehmung von Kirchenleitungen war nicht mehr möglich. Das war das zweite.

3. Das war die geistliche Notwendigkeit – nun sage ich wieder etwas ganz Böses, aber das ist mir egal. Nachdem wir eingesehen hatten, daß nach dem Mauerbau von seiten der Westmächte nichts geschah und wir preisgegeben wurden an das sowjetische politische System, wurde klar: Diese DDR ist kein Interim, kein Intermezzo, sondern wir haben uns dauerhaft auf die Situation hier einzustellen. Denn das war unser Grundsatz: Wer anderen das Evangelium mitteilen will, muß mit ihnen die Situation teilen, und zwar ganz und gar.

Nun kam die berühmte Formel. Aber dieser Weg war schon gegangen. Die Formel ist ganz sicher eine Kurzformel, ein Kürzel, sie ist mißverständlich – dazu ist genug gesagt worden. Aber wir haben sie interpretiert. Und das muß man jetzt doch einmal sagen, wie wir sie interpretiert haben. Das habe ich heute noch nicht gehört. Wir haben, ich jedenfalls und viele mit mir, sie so interpretiert: „Kirche im Sozialismus ist eine gesellschaftliche Ortsbeschreibung“, eine gesellschaftliche, nicht bloß eine geographische DDR. Und darum ist die Frage: Warum nicht Kirche in der Marktwirtschaft? gar nicht so unangemessen, denn es gab ja dauernd die Gegenformulierung „Kirche im Sozialismus“ oder „Kirche im Pluralismus“. So hieß es meistens. Der Pluralismus ist zwar der Ausdruck für Vielfalt, aber er läßt die Dominanz des Wirtschaftlichen nicht erkennen. Wir haben gesagt: „Kirche im Sozialismus“ heißt, daß wir jetzt nach Gottes Willen in dieser Gesellschaft und diesem Staat leben, für den sich der Begriff Sozialismus eingebürgert hat, und daß wir diesen Raum als die uns von Gott zubestimmte Situation der Bewährung unseres Glaubens, unseres Auftrags in dieser sozialistischen Gesellschaft annehmen. Wir wollten diese Gesellschaft nicht ohne das beste lassen, was es gibt, nämlich ohne das Evangelium. Darum ist diese Formel zunächst einmal eine provokatorische Formel gewesen, denn die Kirche hatte im Sozialismus nichts zu suchen. Wir erklärten: „Wir haben die Absicht, hier zu sein, und wir haben die Absicht, hier das Evangelium zu verkündigen und uns einzumischen mit dem Evangelium.“ Und darum hat Heino Falcke sehr recht, wenn er diese Formel für eine Konfliktformel erklärt hat. Denn wer in der DDR den Auftrag, das Evangelium zu verkündigen, übernommen hatte, der wußte, daß er damit in Konflikte gerät. Und Heino Falcke hat dann gesagt, daß das nicht eine Zustandsbeschreibung für den Status quo war. Das ging doch schon aus der nächsten Synode, wo Heino Falcke sein Referat gehalten und von der Kirche im „verbesserlichen Sozialismus“ geredet hat, hervor. Wie das heute klingt: „verbesserlicher Sozialismus“! Damals klingelten bei diesem Wort beim ZK sämtliche Alarmglocken, denn das war eine Losung, die aus der CSSR kam. Falckes Vortrag durfte in der DDR nicht gedruckt werden. Die Synode hat lange gewackelt. Es wurde verlangt, daß dieser Vortrag als nicht gehalten erklärt wurde. So war das. Vom „verbesserlichen Sozialismus“ hat Falcke doch nicht gesprochen, weil er im Sozialismus so wunderbare Erfahrungen

gemacht hätte, daß er ihn für „verbesserlich“ gehalten hätte, sondern weil er diesen Sozialismus unter der Herrschaft des dreieinigen Gottes wußte und darum Hoffnung für ihn hatte. Darum, nicht aus den Erfahrungen, die er mit ihm gemacht hatte, ist diese Hoffnung erwachsen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Ich würde gerne jedem von Ihnen noch einmal eine Möglichkeit geben zu reagieren. Sie haben jetzt alle fünf geredet, und ich könnte mir vorstellen, daß dieser oder jener, wenn es irgend geht, knapp, aber ruhig provokatorisch sagt: „Hier muß ich widersprechen“ oder „Hier muß ich noch einmal ergänzen“. Ich habe schon einige Wortmeldungen hier, so daß wir dann das Gespräch eröffnen. Bruder Leich.

Landesbischof em. Dr. Werner Leich D.D.: Ich möchte gerne etwas zu Professor Besier sagen. Sie haben gesagt, es gäbe Schlüsselereignisse und Schlüsselaussagen, die die Affinität der evangelischen Kirchen zum System des Sozialismus belegen. Ich will zuvor sagen, daß ich mich in einer ganz schwierigen Situation befinde. Wenn uns Vorwürfe in solcher Richtung gemacht werden und wir dagegen sprechen, erscheint das immer so, als wollten wir uns selbst rechtfertigen, als seien wir zu verstockt, um zuzugeben, was wir falsch gemacht haben. Im Grunde genommen wäre immer die gefälligste Antwort: „Ja, du hast recht.“ Aber das kann ich nicht. In der Sache muß Klarheit herrschen. Nun ist ganz gewiß die Beurteilung von Schlüsselereignissen oder -aussagen eine subjektive Sache. Jeder hat auch das Recht, diese Wertungen zu setzen. Nur steht dem folgendes entgegen: Wir haben in der gesamten Zeit der organisatorischen Trennung von EKD und Bund der Evangelischen Kirchen zwei Gremien gehabt, die von beiden Seiten in engster Weise paritätisch besetzt beraten haben. Das war die Beratergruppe, die sehr geheim gearbeitet hat. Ich habe übrigens immer nur Kurzprotokolle verfertigt, die auch nie von der Beratergruppe bestätigt wurden, sondern das hat immer der Sekretär gemacht, der dabei gewesen ist. Das war die Konsultationsgruppe, in der jede Landeskirche Ost und West möglichst durch eine Person vertreten war. Ich war in beiden Gremien. Ich habe nicht ein einziges Mal erlebt, daß der Eindruck entstanden sein könnte, es werde von den Brüdern aus der DDR, den Brüdern in der Bundesrepublik abverlangt, einen anderen Weg zu gehen, einen Weg, der unserem angeglichen wäre. Ich erinnere mich noch sehr genau an die leidenschaftliche Debatte um die Frage, ob es eine eigene DDR-Nationalität gäbe. Wir hatten damals einen Staatsrechtler aus der Bundesrepublik, der uns einen Vortrag darüber gehalten hat. Da war uns völlig klar, daß jeder seinen eigenen Weg gehen mußte und vor den anderen zu verantworten hatte. Wir waren auf der DDR-Seite durchaus nicht für die DDR-Nationalität. Aber das war unter uns ein ungeschriebenes Gesetz. Jeder achtet die Meinung des anderen, wir reden offen darüber, aber wir erkannten an, daß jede Kirche in einer anderen gesellschaftlichen Formation